

Schweiz

Energiestrategie 2050

Was auf dem Spiel steht

Die SVP will die Energiestrategie 2050 an der Urne bodigen. Hat sie damit Erfolg, bedeutet dies den Ausstieg vom Atomausstieg. Zudem würde der Umbau des Schweizer Energiesystems gebremst - er endet aber nicht.

Stefan Häne

Nach der Unternehmenssteuerreform III muss sich das Stimmvolk bereits mit der nächsten komplexen Vorlage beschäftigen: der Energiestrategie 2050. Ein überparteiliches Komitee, angeführt von der SVP, hat erfolgreich das Referendum ergriffen. Am 21. Mai kommt die Vorlage an die Urne - fast auf den Tag genau sechs Jahre nachdem der Bundesrat als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe in Fukushima beschlossen hat, mittelfristig aus der Atomenergie auszusteigen. Gegliedert ist die Energiestrategie 2050 in zwei Massnahmenpakete. Zur Abstimmung gelangt in zwei Monaten nur das erste. Neben dem - zeitlich nicht terminierten - Atomausstieg enthält es insbesondere die verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

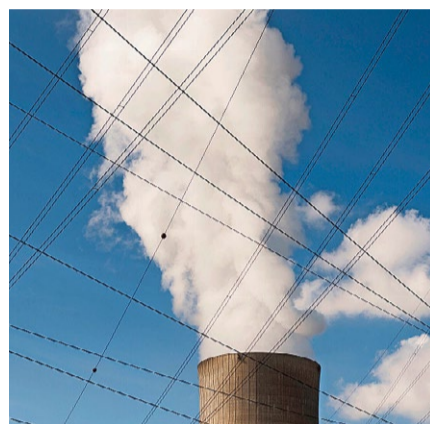
Befürworter wie Gegner messen dem Urnengang überragende Bedeutung bei. Zum ersten Mal seit Fukushima kann sich das Schweizer Stimmvolk zum geplanten umfassenden Umbau des Energiesystems äussern. Die Vorlage gilt als Kompromisswerk. Im Bundeshaus wird sie nur von der SVP sowie Teilen der FDP abgelehnt.

Paradoxe Effekt

Der Abstimmungskampf dürfte sich auf eine Frage zuspitzen: Energiewende, ja oder nein? Allerdings, ein erfolgreiches Referendum wäre nicht gleichbedeutend mit dem Ende aller Bemühungen, das Schweizer Energiesystem auf neue Pfeiler zu stellen. Der Grund: Tritt die Energiestrategie 2050 nicht in Kraft, gelten die bisherigen Bestimmungen diverser Gesetze weiterhin. Dies hätte auch einen paradoxen Effekt: Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), mit welcher der Bund die erneuerbaren Energien fördert, läuft auch nach einem Sieg der SVP weiter - finanziell zwar weniger gut bestückt, dafür ohne Auslaufdatum, wie dies die Energiestrategie 2050 vorschreibt.

Unklar ist, wie das zweite Massnahmenpaket aussehen wird. Der Bundesrat plant, das aktuelle Förder- durch ein Lenkungssystem abzulösen. Doch sein Klima- und Energielenkungssystem (Kels) ist politisch so gut wie tot, nachdem der Nationalrat in der letzten Session gar nicht erst auf die Vorlage eingetreten ist; der Ständerat dürfte diesen Entscheid in den kommenden Monaten bestätigen. Somit bleibt, zumindest vorderhand, eine zentrale Frage offen: Wie lassen sich die Reduktionsziele im Strom- und Energiebereich, die im ersten Massnahmenpaket enthalten sind, ohne umfassende Lenkungsabgabe erreichen?

Ausstieg aus der Atomenergie



In der Energiestrategie sind keine neuen Rahmenbewilligungen für Atomkraftwerke vorgesehen. Ein Ja zum Referendum würde AKW weiter erlauben. Dies wäre deshalb gleichbedeutend mit dem Ausstieg vom Ausstieg, den Bundesrat und Parlament 2011 nach Fukushima in die Wege geleitet haben. Allerdings dürfte hierzulande zumindest auf absehbare Zeit niemand ein neues AKW bauen - weil das Atomgeschäft derzeit nicht rentabel ist. Fixe Abschaltpläne enthält die Energiestrategie nicht. Die Meiler sollen so lange weiterlaufen, wie sie das Ensi, die Atomaufsicht des Bundes, als sicher einstuft.

Mehr Geld für Haussanierung



Der Bund und die Kantone fördern heute vorbildliche energetische Sanierungen von Gebäuden. Der Topf speist sich aus einem Drittel der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe und soll auf maximal 450 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden. Ohne Energiestrategie bleibt die Maximalgrenze bei den heute geltenden 300 Millionen Franken bestehen; zudem würde das Gebäudeprogramm bei einem Ja zum Referendum bis 2019 auslaufen. Die Energiestrategie dagegen hebt diese Befristung auf. Zudem erhöht sie für Hausbesitzer die steuerlichen Anreize, ihr Eigentum energetisch top zu sanieren.

Erneuerbare Energien fördern



Der Bund fördert die erneuerbaren Energien mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Berappen müssen dieses Instrument die Stromkonsumenten. Die Energiestrategie sieht einen Zuschlag von maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde vor. Ein erfolgreiches Referendum würde ihn auf dem heutigen Stand von 1,5 Rappen belassen. Die Folge: Die Warteliste von aktuell 36 300 Projekten liesse sich nur noch geringfügig abbauen; die KEV liefe unbefristet weiter. Mit der Energiestrategie werden ab 2023 keine neuen Projekte mehr in die KEV aufgenommen, ab 2031 gibt es auch keine Einmalvergütungen mehr.

Strengere Abgasvorschriften



Mit der Energiestrategie dürfen neu in der Schweiz zugelassene Personenwagen ab 2021 durchschnittlich nur noch 95 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen, dies in Übereinstimmung mit dem Vorgehen der EU. Ein Ja zum Referendum zementiert die Emissionsvorschriften des aktuellen CO₂-Gesetzes. Dieses hat die Autoimporteure verpflichtet, die CO₂-Emissionen der Neuwagen bis 2015 im Durchschnitt auf 130 Gramm pro Kilometer zu senken. Dieses Ziel hatten sie bis 2016 mit 135 Gramm noch nicht erreicht, was entsprechende Sanktionszahlungen nach sich gezogen hat.

Energieverbrauch mindern



Die Energiestrategie will den durchschnittlichen Energieverbrauch pro Kopf gegenüber dem Jahr 2000 senken - um 16 Prozent bis 2020 und um 43 Prozent bis 2035. Diese Vorgaben gelten als ehrgeizig. Das Parlament hat im Gesetz deshalb nicht den Ausdruck «Ziele» festgesetzt, sondern - weniger verbindlich - «Richtwerte». Das geltende Energiegesetz ist weniger ambitioniert: Der Endenergieverbrauch der privaten Haushalte soll bis 2030 mindestens stabilisiert werden, dies im Vergleich zu 2009. Kommt das Referendum an der Urne durch, bleibt es bei diesem vergleichsweise bescheidenen Ziel.

Ausbauziele verschärfen



Die neuen erneuerbaren Energien - Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie - sollen gemäss Energiestrategie bis 2020 Strom im Umfang von 4,4 Terawattstunden (TWh) generieren, also etwa 6 Prozent der gesamten Stromproduktion in der Schweiz; heute sind es 4,3 Prozent, wobei der Grossteil von der Fotovoltaik kommt, der Rest von Wind und Biomasse. Mit Geothermie ist noch kein Strom produziert worden. 2035 sollen die neuen erneuerbaren Energien 11,4 TWh liefern. Ohne Energiestrategie ist ein geringerer Ausbau vorgesehen: Bis 2030 sollen es 6,9 TWh sein, 5,4 mehr als im Jahr 2000.

Windparks erleichtert bauen



Die Nutzung und der Ausbau von erneuerbaren Energien liegen im nationalen Interesse; so sieht es die Energiestrategie vor. Bei einem Ja zum Referendum würde diese neue Bestimmung nicht greifen. Die Folge: Bei der Interessenabwägung zwischen Landschaftsschutz und Nutzen der Energie würden in Zukunft beispielsweise Windparks oder grosse Solaranlagen gesetzlich keine verbesserte Ausgangslage erhalten. Bedeutend ist die Neuerung in der Energiestrategie deshalb, weil Ausbauprojekte - in erster Linie solche der Windkraft - häufig umstritten und durch Gerichtsverfahren blockiert sind.

Zustupf für die Wasserkraft



Grosswasserkraftwerke erhalten mit der Energiestrategie zwischen 2018 und 2022 eine Marktprämie von maximal 1 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) für Elektrizität, die sie im freien Markt unter den Gestehtungskosten verkaufen. Die Finanzierung erfolgt über den KEV-Topf: 0,2 der total 2,3 Rappen pro kWh kämen der Grosswasserkraft zugute. Zudem können Grosswasserkraftwerke bis 2030 Investitionsbeiträge beantragen. Die Finanzierung erfolgt aus derselben Kasse: Sie beträgt maximal 0,1 Rappen der total 2,3 Rappen pro kWh. Bei einem Ja zum Referendum entfallen beide Massnahmen. (sth)

Doris Leuthard hält Kostenprognosen der Gegner für völlig überzogen

Die Energieministerin vermisst bei den Gegnern das Vertrauen in die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft.

Markus Brotschi

Bern

Neben der SVP bekämpfen einige gewichtige Wirtschaftsverbände die Energiestrategie 2050. Zu den Gegnern gehören etwa der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (Swissmem) oder der Schweizerische Baumeisterverband. Sie werfen der Bundesrätin Doris Leuthard vor, mit der Energiestrategie 2050 auf das Prinzip Hoffnung zu setzen. Etwa ab 2025 sei in den Wintermonaten die Stromversorgung der Schweiz gefährdet, weil die

heutigen Stromexporteure Deutschland und Frankreich die Energie dann selber benötigten. Gleichzeitig bezweifelt das gegnerische Wirtschaftskomitee, dass bis in zehn Jahren Stromspeicher vorhanden sind, mit denen die geförderte Wind- oder Sonnenkraft gespeichert werden kann.

Leuthard hat für diese Bedenken kein Verständnis. Ein Teil der Wirtschaft glaube offenbar nicht an die eigene Innovationskraft, sagte sie gestern vor den Medien. Für die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Quellen gebe es bereits Lösungen. Der Energiemarkt sei weltweit im Umbruch und die Schweiz keine Insel. Der Bau neuer Kernkraftwerke sei keine realistische Option. Niemand sei mehr bereit, Milliarden in diese Technologie zu investieren.

Leuthard vermisst bei den Gegnern brauchbare Alternativen zum geplanten Ausbau der Stromproduktion aus erneuer-

baren Energien. Auch für die von den gegnerischen Wirtschaftsverbänden geforderten Gaskraftwerke fänden sich kaum Investoren. Zudem stünden Gaskraftwerke im Widerspruch zu den Klimazielen und der Reduktion des CO₂-Ausstosses. Bei einem Ja am 21. Mai stehe zur Förderung erneuerbarer Energien wie Wasser, Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse mehr Geld zur Verfügung. Damit blieben die Investitionen in der Schweiz. Leuthards Devise lautet: «Sicher, sauber, schweizerisch».

Kritik übte Leuthard auch an den Kostenwarnungen der Gegner. Die SVP behauptet, die Energiewende koste einen Familienhaushalt 3200 Franken im Jahr. «Das sind völlig überzogene Zahlen», sagte Leuthard. «Die Gegner rechnen mit Dingen, die weder beschlossen wurden noch mehrheitsfähig sind.» Zu diesen Dingen gehöre das Klima- und Energielenkungssystem

(Kels), das das Parlament wohl versenken wird. Leuthard beziffert die Zusatzkosten eines 4-Personen-Haushalts aufgrund des höheren Netzzuschlags auf nur 40 Franken im Jahr. Ein Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von 150 000 Kilowattstunden müsste rund 1200 Franken mehr bezahlen. Firmen mit stromintensiver Produktion erhielten weiterhin den Netzzuschlag zurück-erstattet, falls sie sich zur Senkung des Verbrauchs verpflichteten.

Sinkender Energieverbrauch

Das Verbot für den Bau neuer Atomkraftwerke will Leuthard nicht als Technologieverbot sehen, wie das die Gegner tun. Die bestehenden AKW dürften weiter laufen, solange sie sicher seien. Dies führe zum schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Zudem könne die Schweiz mit dem Gesetz die Abhängigkeit von importierten fossilen Energien

reduzieren. Die Anstrengungen zur Senkung des Energieverbrauchs zeigen laut Doris Leuthard zudem bereits Wirkung. So sei der Energieverbrauch pro Kopf seit dem Jahr 2000 um 14,5 Prozent zurückgegangen.

Das Wirtschaftskomitee gegen das Energiegesetz wirft den Befürwortern hingegen vor, die Energiestrategie 2050 als alternativlos darzustellen. Die Schweiz unternehme bereits heute viel für den Wandel. Der Anteil an erneuerbaren Energien könne auch ohne einen Ausbau der Subventionen erreicht werden. Als eines der Instrumente nennt das Komitee die Revision des CO₂-Gesetzes oder Revision des Stromversorgungsgesetzes. Der Bundesrat schlägt bei der Revision des CO₂-Gesetzes vor, die Abgabe auf Brennstoffen zu erhöhen. Allerdings bekämpfen SVP, FDP sowie die Wirtschaftsverbände die geplante Erhöhung der Abgabe.